



Regierungsrat des Kantons Uri

Auszug aus dem Protokoll

26. März 2013

Nr. 2013-182 L-630 Interpellation Ruedi Cathry, Schattdorf, zu Zukunftsaussichten der medizinischen Grundversorgung im Kanton Uri; Antwort des Regierungsrats

Am 9. Dezember 2012 reichte Landrat Ruedi Cathry, Schattdorf, eine Interpellation zu den Zukunftsaussichten der medizinischen Grundversorgung im Kanton Uri ein. In Uri gibt es zurzeit zirka 30 Ärztinnen und Ärzte (exklusive Kantonsspital Uri), die die allgemeine medizinische Grundversorgung sicherstellen. Das Durchschnittsalter dieser Ärztinnen und Ärzte beträgt zirka 55 Jahre. Zudem wurden in den letzten Jahren einige Arztpraxen geschlossen und es konnten keine Nachfolgeregelungen gefunden werden. In den nächsten Jahren werden voraussichtlich weitere Arztpraxen in Uri geschlossen. Es zeichnet sich jetzt schon ab, dass die bestehenden Arztpraxen aus Kapazitätsgründen neue Patientinnen und Patienten nur erschwert oder gar nicht mehr aufnehmen können.

Gestützt darauf stellt Landrat Ruedi Cathry folgende Fragen.

1. *Teilt der Regierungsrat die Einschätzung, dass die ärztliche medizinische Grundversorgung im Kanton Uri in eine Schräglage geraten kann?*

Ja, grundsätzlich teilt der Regierungsrat die Einschätzung, dass die Sicherstellung der hausärztlichen Grundversorgung der Urner Bevölkerung eine grosse Herausforderung darstellt. Damit bildet der Kanton Uri keinen Sonderfall im Vergleich mit anderen Kantonen, die mit gleichartigen Herausforderungen konfrontiert sind. Der Regierungsrat ist jedoch zuversichtlich, dass mit den notwendigen unterstützenden Massnahmen auch künftig die medizinische Grundversorgung gewährleistet werden kann. Denn im Kanton Uri sind nach wie vor gute wirtschaftliche und gesellschaftliche Rahmenbedingungen für die Ausübung des attraktiven Arztberufs vorhanden.

2. *Was für konkrete Massnahmen, damit in allen Regionen eine ausreichende Anzahl Grundversorger-Arztpraxen sichergestellt ist, sind in den letzten Jahren umgesetzt worden und was wurde damit erreicht?*

Bei einigen wichtigen Einflussfaktoren für die künftige Sicherstellung einer bedarfsgerechten ärztlichen Grundversorgung fehlt dem Kanton mangels Zuständigkeit der Handlungsspielraum. Wo jedoch auf kantonaler Ebene die rechtlichen Grundlagen vorhanden sind, wurden bereits verschiedene Massnahmen zum Erhalt und zur Förderung der medizinischen Grundversorgung durch Hausärztinnen und Hausärzte getroffen. Es sind dies hauptsächlich:

- Mitarbeit in verschiedenen spezifischen Arbeitsgruppen der Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren (GDK)

Die ambulante Versorgung ist seit 2005 ein wichtiger Themenbereich der GDK. In der Folge wurde eine Arbeitsgruppe von Bund und Kantonen für die Themen "Ärztlicher Notfalldienst" und "Praxisassistenten" eingesetzt. Nach Abschluss der Arbeiten wurde die Arbeitsgruppe in das "Forum Ärztliche Grundversorgung" umgewandelt, welches den Informationsaustausch in Bezug auf alle hausärztlichen Themen fördert. Die im Jahr 2010 von Bund und Kantonen eingesetzte neue Arbeitsgruppe publizierte im Frühjahr 2012 den gleichnamigen Bericht "Neue Versorgungsmodelle für die medizinische Grundversorgung". Ergänzend dazu werden punktuell spezifische Bereiche wie beispielsweise die medizinische Grundversorgung in Randgebieten bearbeitet.

- Lancierung und Mitfinanzierung des kantonalen Programms "Praxisassistenten"

Im September 2008 wurde in Uri das Programm "Praxisassistenten" gestartet. Die im Kantonsspital Uri angestellten Assistenzärztinnen und Assistenzärzte mit Ziel Facharzttitel Innere Medizin oder Allgemeinmedizin haben die Möglichkeit, während sechs Monaten als Assistentin bzw. Assistent in einer Urner Hausarztpraxis (Lehrpraxis) mitzuarbeiten. Während dieser Zeit erhalten sie einen umfassenden Einblick in die hausärztliche Tätigkeit. Damit soll die Tätigkeit der Hausarztpraxen in der Ausbildung der Assistenzärztinnen und Assistenzärzte mehr Gewicht erhalten und für eine spätere Berufsausübung attraktiver werden. Die Assistenzärztin oder der Assistenzarzt bleibt während den sechs Monaten beim Kantonsspital Uri angestellt. Die Lehrpraxis bezahlt eine Pauschale von 2'500 Franken pro Monat. Der Kanton übernimmt die Restkosten.

- Ansiedlung einer Psychiatriepraxis in Altdorf

Die Gesundheits-, Sozial- und Umweltdirektion (GSUD) war massgeblich daran beteiligt, dass die Psychiatriepraxis "parlami" in Uri angesiedelt werden konnte. Damit konnte in Uri die ambulante psychiatrische Grundversorgung deutlich verbessert werden.

- Lancierung und Finanzierung des Projekts "Ärztlicher Notfalldienst (NFD) in Uri"

Die Sicherstellung des ärztlichen Notfalldiensts liegt nach Artikel 37 des Gesundheitsgesetzes (GG; RB 30.2111) in der Verantwortung der Urner Ärzteschaft. Die Ausgestaltung des ärztlichen Notfalldiensts ist ein wichtiger Faktor für die langfristige Sicherstellung der ärztlichen Grundversorgung bzw. für die Wiederbesetzung von Arztpraxen. Denn die Organisation des ärztlichen Notfalldiensts und die zeitliche Beanspruchung durch den Notfalldienst beeinflussen die Attraktivität der hausärztlichen Tätigkeit. Im Hinblick auf die sich mittel- und langfristig abzeichnenden Probleme bei der Sicherstellung des ärztlichen Notfalldiensts hat die GSUD im Jahr 2012 beschlossen, eine aktive und unterstützende Rolle auch in diesem Bereich zu übernehmen. Mittels eines von der GSUD in Auftrag gegebenen Konzepts soll der ärztliche Notfalldienst für den Kanton Uri analysiert und konkrete Modelle für die Zukunft aufgezeigt werden. Das Ziel ist, den ärztlichen Notfalldienst bestmöglich zu optimieren. Es bleibt jedoch in der Kompetenz und Verantwortung der Urner Ärzteschaft zu entscheiden, welche Neuerungen wann und wie umgesetzt werden sollen.

- Koordination und Unterstützung bei der Wiederbesetzung der Arztpraxen in Göschenen und Andermatt

Die GSUD ist und war zusammen mit den Einwohnergemeinden und weiteren Partnern stark engagiert, die Arztpraxen in Göschenen und Andermatt wiederzubesetzen. So konnte in Göschenen mit Dr. med. Felix Rüegg ein Nachfolger für Dr. med. Peter Hirzel gefunden werden. Im Urserntal koordiniert und unterstützt die GSUD zusammen mit dem Kantonsspital Uri und weiteren Partnern die Einwohnergemeinde Andermatt bei der Suche nach einer Nachfolge für Dr. med. Andreas von Schulthess, der seine Praxistätigkeit Ende Mai 2014 beenden wird.

- Lancierung und Finanzierung des Projekts "Gesundheitsnetzwerk Uri"

Um die medizinische Grundversorgung im Kanton Uri langfristig und nachhaltig zu

sichern, soll das Projekt "Gesundheitsnetzwerk Uri" lanciert werden. Denn im Rahmen dieses Projekts werden umfassende und nachhaltige Massnahmen zur Förderung und Erhaltung der medizinischen Grundversorgung durch Hausärztinnen und Hausärzte entwickelt und umgesetzt. Dem Landrat wird für dieses Projekt ein separater Verpflichtungskredit beantragt.

3. *Wie könnten die Rahmenbedingungen für ärztliche Tätigkeiten im Kanton Uri verbessert werden und gibt es mögliche Anreizsysteme damit eine Verbesserung der Problematik angestrebt werden könnte?*

Bei der Beeinflussung von wichtigen Rahmenbedingungen für die Hausärztinnen und Hausärzte fehlt dem Kanton mangels Zuständigkeit der Handlungsspielraum. So liegen gewisse Abgeltungsfragen, wie beispielsweise der Labortarif, im alleinigen Kompetenzbereich des Bundes. Der Regierungsrat kann nur im Rahmen von Vernehmlassungsverfahren die Anliegen der ärztlichen Grundversorger unterstützen, so wie er das in der Vergangenheit bereits mehrfach getan hat. Eine Änderung der ärztlichen Tarifstruktur TARMED zu Gunsten der Hausärzteschaft liegt in erster Linie in den Händen der Tarifpartner, also der Ärzteschaft und der Krankenkassen. Auch auf die wichtigen Fragen der ärztlichen Aus- und Weiterbildung hat der Regierungsrat keinen unmittelbaren Einfluss. Daraus wird deutlich, dass eine erfolgreiche langfristige Sicherstellung der medizinischen Grundversorgung grundsätzlich ein gemeinsames und koordiniertes Vorgehen von Bund, Kantonen, Gemeinden und privaten Ak-teuren erfordert.

Der Bund hat in Zusammenarbeit mit den Kantonen zwei wichtige Grundlagen zum Erhalt und zur Förderung der Hausarztmedizin erstellt:

- "Strategie gegen Ärztemangel und zur Förderung der Hausarztmedizin" vom 23. November 2011
- Masterplan "Hausarztmedizin und medizinische Grundversorgung" vom Juni 2012

Innerhalb des Kantons Uri sind namentlich die folgenden konkreten Massnahmen möglich, um die Rahmenbedingungen für Hausärztinnen und Hausärzte im Kanton Uri positiv zu beeinflussen:

- Der ärztliche Notfalldienst ist so zu gestalten, dass er einerseits für die praktizierenden Hausärztinnen und Hausärzte attraktiv bleibt und andererseits auch den Anforderungen der Urner Bevölkerung gerecht wird (siehe Projekt "Ärztlicher Notfalldienst in Uri").
- Auf kommunaler Ebene sind Möglichkeiten zu prüfen, um für junge Hausärztinnen und

Hausärzte Anreize für eine Aufnahme der Praxistätigkeit in ihrer Gemeinde zu setzen (siehe Projekt "Gesundheitsnetzwerk Uri"). Denkbar ist beispielsweise, dass günstige Infrastruktur zur Verfügung gestellt wird, damit mit einer Praxiseröffnung nicht zwingend eine langfristige Bindung erfolgen bzw. eine hohe Investition getätigt werden muss. Dies kann in Form von Darlehen, Miete/Kauf-Modellen oder Vermietung eigener Immobilien usw. erfolgen. Weiter kann bei der Suche und beim Aufbau von Gruppenpraxen bzw. Gesundheitszentren Unterstützung angeboten werden. Bei all diesen Massnahmen sind auch mögliche private Investitionspartner miteinzubeziehen.

- Auf kantonaler Ebene sind klar bezeichnete Ansprechpartner zu bezeichnen (GSUD, Kantonsarzt, Ärztesgesellschaft usw.). Die GSUD kann zudem Unterstützung in juristischen Fragen oder bei betriebswirtschaftlichen Problemstellungen vermitteln.

Es ist an dieser Stelle auch darauf hinzuweisen, dass es nicht allein die Aufgabe der öffentlichen Hand ist, die Rahmenbedingungen für junge Ärztinnen und Ärzte optimal zu gestalten. Vielmehr sind es auch die bereits praktizierenden Ärztinnen und Ärzte, welche die Sicherung der ärztlichen Grundversorgung positiv beeinflussen können. Beispielsweise können sie das Entstehen von neuen innovativen Praxisstrukturen, die für junge Grundversorgende - namentlich auch für Frauen - attraktiv sind, fördern und unterstützen. Auch mit einer attraktiven Ausgestaltung der Rahmenbedingungen für die Übergabe ihrer Praxis an eine Nachfolgerin oder einen Nachfolger können gute Voraussetzungen geschaffen werden. Schliesslich sind es aber auch berufliche und persönliche Kontakte, in denen junge Ärztinnen und Ärzte davon überzeugt werden können, dass die Eröffnung einer Grundversorgerpraxis im Kanton Uri sowohl für den Beruf als auch für Familie und Freizeit überdurchschnittlich attraktiv ist.

4. *Findet in der Strategie des Spitalprojekts Urner Kantonsspital eine allfällige Lösung Platz, dass die Abdeckung der medizinischen Grundversorgung im Extremfall dort vermehrt angeboten werden könnte?*

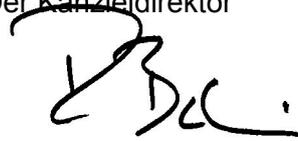
Im Rahmen des Projekts des Um- und Neubaus des Kantonsspitals Uri werden auch die künftigen Entwicklungen der ärztlichen Grundversorgung im Kanton Uri berücksichtigt. Geprüft werden Möglichkeiten für ein Angebot an Praxis- oder Therapieräumen in Spitalinfrastrukturen, die künftig nicht mehr für die Erfüllung des kantonalen Leistungsauftrags benötigt werden. Dabei könnten auch Synergien mit dem Spital genutzt werden, die beidseits zu einem Mehrwert führen. Schliesslich soll auch diese Chance genutzt werden, um so junge Ärztinnen und Ärzte für eine Praxistätigkeit im Kanton Uri gewinnen zu können.

Mitteilung an Mitglieder des Landrats (mit Interpellationstext); Mitglieder des Regierungsrats; Rathauspresse; Standeskanzlei; Amt für Gesundheit; Direktionssekretariat Gesundheits-, Sozial- und Umweltdirektion und Gesundheits-, Sozial- und Umweltdirektion.

Im Auftrag des Regierungsrats

Standeskanzlei Uri

Der Kanzleidirektor

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'E. B. C.', written over the printed name 'Der Kanzleidirektor'.